

Martin H. W. Möllers

## **Öffentliche Sicherheit und Gesellschaft**

Politische Debatten seit 9/11

5., überarbeitete und erweiterte Auflage

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit – Sonderband 9

ISBN 978-3-86676-624-2

© Urheberrecht und Copyright: 2020 Verlag für Polizeiwissenschaft,  
Prof. Dr. Clemens Lorei, Frankfurt 2020



## Inhalt

Vorbemerkung	15
Ereignis: Ende 2001 wurden die ersten PISA-Ergebnisse bekannt.	
<b>PISA und Polizei – Zur Lesekompetenz im Hochschulstudium als Schlüsselqualifikation für den Polizeiberuf</b>	21
1 Das ‚Programme for International Student Assessment‘	21
1.1 Auftraggeber und Ziele von PISA	21
1.2 Methodische Grundlagen der PISA-Studie	23
2 Die Lesekompetenz als Grundlage des Polizeiberufs, insbesondere auf Führungsebene	24
2.1 Die Definition der Lesekompetenz	24
2.2 Die Bedeutung des Lesens für das Studium an einer Polizeifachhochschule	25
3 Förderung und Entwicklung der Lesekompetenz als didaktisches Konzept für das Fachhochschulstudium	31
3.1 Das Konzept der ‚Schülerorientierten Didaktik‘ als Basis der Didaktik an Polizeifachhochschulen	31
3.2 Förderung der Leselust als didaktisches Konzept	33
4 Die politischen Rahmenbedingungen der Hochschulen für Polizei in Bezug auf die Zulassung einer Stärkung der Lesekompetenz	37
5 Zusammenfassung	40

## Inhalt

Ereignis: Im Oktober 2002 wurde einem Kindesentführer Schmerzzufügung angedroht.

<b>Die Diskussion über die Menschenwürde und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ‚Großen Lauschangriff‘</b>	45
1 Ausgangslage: Internationaler Terrorismus und das ‚Grundrecht auf Sicherheit‘	45
2 Zur Frage der Unantastbarkeit der Menschenwürde in Kommentierungen des Grundgesetzes	49
2.1 Die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Dürig	50
2.2 Die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Herdegen	53
3 Wertungs- und Abwägungsoffenheit bei Grundrechten, bei denen die Menschenwürde eine besondere Bedeutung einnimmt	55
3.1 Wertungs- und Abwägungsoffenheit bei der Unantastbarkeit der Menschenwürde im Zusammenhang mit Misshandlungen zur Aussageerzwingung bei der Polizei	56
3.2 Zum Verhältnis Menschenwürde und ‚Lauschangriff‘ in Rechtsprechung und Lehre	59
3.3 Die Entscheidung des BVerfG zum ‚Großen Lauschangriff‘	64

Ereignisse: Im März 2003 und im Januar 2017 wies das Bundesverfassungsgericht die Anträge zum Parteiverbot der NPD zurück, sodass die NPD nicht verboten wurde.

<b>Keine Freiheit den Feinden der Freiheit – Instrumente wehrhafter Demokratie in der Praxis</b>	75
1 Einleitung	75
1.1 Parteien und ihre Mitglieder als ‚Verfassungsfeinde‘	78
1.2 Das Bundesverfassungsgericht als ‚Entscheidungsinstanz für Parteiverbote‘	79
2 Das Parteiverbotsverfahren gemäß Art. 21 Abs. 2 GG	80

2.1	Das Parteienprivileg und sein Verhältnis zu Art. 9 Abs. 2 GG	80
2.2	Die Voraussetzungen eines Parteiverbotsverfahrens	81
2.3	Der Ablauf des Parteiverbotsverfahrens	88
2.4	Die unmittelbaren Rechtswirkungen des Parteiverbotsurteils	91
2.5	Die mittelbaren Rechtswirkungen der Verbotsentscheidung und die Vollstreckung des Parteiverbots	93
2.6	Bisherige Parteiverbotsverfahren in Deutschland	94
2.7	Gesetzliche Rechtsfolgen aus dem zweiten NPD-Parteiverbotsverfahren	96
2.8	Schlussfolgerung für Parteiverbotsverfahren	96
3	Das Verfahren zu Vereinsverboten gemäß Art. 9 Abs. 2 GG	99
3.1	Die Voraussetzungen eines Vereinsverbotsverfahrens	99
3.2	Der Ablauf des Vereinsverbotsverfahrens	104
3.3	Die unmittelbaren Rechtsfolgen im Vereinsverbotsverfahren	107
3.4	Die mittelbaren Rechtsfolgen im Vereinsverbotsverfahren	108
3.5	Bisherige Vereinsverbotsverfahren auf Bundesebene	109
4	Das Verfahren zur Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG	112
4.1	Die Voraussetzungen des Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung	113
4.2	Der Ablauf des Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung	117
4.3	Die Rechtsfolgen eines Verfahrens zur Grundrechtsverwirkung	118
4.4	Bisherige Verfahren zur Grundrechtsverwirkung	121
5	Bewertung der Verfahren von Partei- und Vereinsverboten und zur Grundrechtsverwirkung	124

## Inhalt

Ereignis: Ende Juli 2006 wurden in Dortmund und Koblenz in zwei Regionalexpresszügen Kofferbomben entdeckt.

<b>„Antworten auf den internationalen Terrorismus – Gewährleistung der Inneren Sicherheit durch Bund und Länder“ – Tagungsbericht</b>	131
1 Kurzeinleitung zum Thema	131
2 Mittwoch, 13. September 2006	133
2.1 Eröffnung und Begrüßung durch den Landtagspräsidenten Joachim Mertes	133
2.2 Einführung in das Thema durch Professor Dr. Gerhard Robbers vom Institut für Rechtspolitik an der Universität Trier	134
2.3 Vortrag ‚Der internationale Terrorismus und die neuen Herausforderungen an die Sicherheitsstruktur Deutschlands‘ von Rüdiger Freiherr von Fritsch, Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes	134
2.4 Referate zum ‚Reformbedarf aus Sicht der Koalitionsparteien (Bundesebene)‘ von Wolfgang Bosbach, MdB (CDU) und Dr. Dieter Wiefelspütz, MdB (SPD)	137
2.5 Diskussion mit den Referenten unter der Moderation von Dr. Thomas Leif vom SWR	141
2.8 Diskussion mit den Vortragenden unter der Moderation von Professor Dr. Gerhard Robbers	146
3 Donnerstag, 14. September 2006	147
3.1 Vortrag ‚Kanada und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus‘ von Paul Dubois, Botschafter von Kanada in Deutschland	147
3.2 Podiumsdiskussion	149
3.3 Vortrag ‚Gemeinsame Schritte zur Bekämpfung des Terrorismus in Europa‘ von Wolf Plesmann, Koordinator Terrorismusbekämpfung in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union	151
4 Zusammenfassung	155

Ereignis: 2006 hob das Bundesverfassungsgericht eine Verbotsverfügung der Stadt Lüneburg zu einer rechtsextremistischen Demonstration auf.

<b>Aktuelle Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Versammlungsfreiheit zwischen ‚Rechtsprechungstradition‘, ‚Zeitgeist‘ und ‚Staatsräson‘</b>	159
1 Die Grundrechts-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	159
2 Die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit in der vorkonstitutionellen deutschen Tradition	160
3 Der Brokdorf-Beschluss als Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts	162
3.1 Die Versammlungsfreiheit als demokratisches Teilhaberecht	164
3.2 Verfassungsrechtliche Anforderungen an Beschränkung, Verbot und Auflösung einer Versammlung	166
3.3 Kritische Würdigung des Brokdorf-Beschlusses	169
4 Die Folgewirkungen des liberalen Brokdorf-Beschlusses auf aktuelle Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Versammlungsfreiheit	170
4.1 Die aktuelle Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Aufhebung eines Versammlungsverbots	171
4.2 Die Änderung des Versammlungsgesetzes	173

Ereignis: Ende 2009 traf der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts eine Aufsehen erregende Entscheidung in Bezug auf Verbote von durch Rechtsextremisten initiierte Versammlungen.

<b>Der Bielefeld-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts im Lichte von ‚Wunsiedel‘: Zum Sonderrecht bei Meinungsäußerungen von Rechtsextremisten</b>	177
1 Einleitung zu den Hintergründen der Entscheidungen	177

## Inhalt

2	Die Entscheidungsbedeutung des Wunsiedel-Beschlusses	178
3	Der Bielefeld-Beschluss im Lichte von ‚Wunsiedel‘	183
4	Quintessenz und Ausblick	185

Ereignis: Ende 2010 löste der Bericht der ‚Werthebach-Kommission‘ mit seinen Empfehlungen zur Neuorganisation der Sonderpolizeien des Bundes einen heftigen Widerstand der beteiligten Polizeibehörden aus, der offen in den Medien ausgetragen wurde.

	<b>(Un-)Kooperative Sicherheit – Empfehlungen der ‚Werthebach-Kommission‘ zu den Polizeien des Bundes und ihre Verpuffungen</b>	189
1	Die Ausgangssituation	189
2	Die beteiligten Personen der Werthebach-Kommission	192
3	Die öffentliche Diskussion vor Ausgabe des Berichts	194
4	Die wesentlichen Ergebnisse aus dem Bericht der Werthebach-Kommission	196
5	Die öffentliche Diskussion nach Ausgabe des Berichts	198
5.1	Berichte der Presse	199
5.2	Stellungnahmen der Polizeien und Gewerkschaften	201
5.3	Stellungnahmen aus den Ländern	206
5.4	Stellungnahmen aus der Politik	207
6	Entwicklungen nach der ‚Kabinettsrochade‘	210

Ereignis: Seit Oktober 2014 gehen ‚Mut-‘ bzw. ‚Wut-Bürger‘ mithilfe rechtspopulistischer Organisationen und Parteien bis zur Erschöpfung der Polizei auf die Straße, um fremdenfeindliche Parolen herauszuschreien. ‚Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes‘ (PEGIDA) und die Partei ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) ‚feierten‘ am 17. Februar 2020 in Dresden ihre 200. Demonstration.

<b>‚Rechtsverletzende‘ oder ‚rein geistige Wirkungen‘ von rechtspopulistischen Demonstrationen</b>	215
1 Einleitung zur Historie des Versammlungsrechts und zur Vorgehensweise	215
2 Die Bedeutung der Grundrechte als ‚oberste Prinzipien‘	219
3 Versammlungsfreiheit in der vorkonstitutionellen deutschen Tradition	221
4 Die Versammlungsfreiheit in Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	222
5 Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu ‚rechtsverletzenden‘ und ‚rein geistigen Wirkungen‘	224
5.1 Die Entscheidungsbedeutung des Wunsiedel-Beschlusses	226
5.2 Der Bielefeld-Beschluss im Lichte von ‚Wunsiedel‘	230
5.3 Schlussfolgerungen für die Frage, ob von AfD, PEGIDA & Co. rechtsverletzende oder (nur) rein geistige Wirkungen ausgehen	233
6 Zusammenfassung und Ausblick	235

## Inhalt

Ereignis: In einem im Mai 2010 rechtskräftig gewordenen Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) über die nachträgliche Verlängerung der Sicherungsverwahrung von Straftätern beanstandeten die Richter die Aufhebung der Befristung für solche Straftäter, die ihre Tat schon vor dem Zeitpunkt der Gesetzesänderung begangen hatten. Das löste in der Gesellschaft Proteste aus.

<b>‚Täterschutz‘ vor ‚Opferschutz‘ bei der nachträglichen Verlängerung der Sicherungsverwahrung? – Der Streit von EGMR gegen BVerfG und BGH und das Dilemma um eine neue Gesetzgebung für als ‚gefährlich‘ geltende Straftäter</b>	239
1 Ausgangssituation und Einleitung	239
2 Die Schutzfunktion des Art. 103 Abs. 2 GG	243
2.1 Die rechtsstaatlichen Garantiegehalte des Gesetzlichkeitsprinzips	244
2.2 Die tatbestandliche Tragweite des Rückwirkungsverbots	246
3 Das Rückwirkungsverbot nach Art. 7 Abs. 1 EMRK im Urteil des EGMR	247
3.1 Die tatbestandliche Tragweite des Rückwirkungsverbots nach Art. 7 EMRK	249
3.2 Die Legitimation von Freiheitsentziehungen nach Art. 5 EMRK	250
4 Abwägung zwischen ‚Täterschutz‘ und ‚Opferschutz‘	252
4.1 Rechtssystematische Abwägung	252
4.2 Sicherungsverwahrung im politischen Kontext	253
5 Politische Dilemmata auf der Suche nach einer gesetzlichen Lösung	265
6 Zusammenfassung und Prognose	267
Hinweis zum Autor	270